

A. Gesetzesinfos

1. IT-Sicherheitsgesetz verabschiedet

Nach sechs Monaten Beratung trat am 24.07.2015 das neue IT-Sicherheitsgesetz in Kraft (https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw24_de_it_sicherheit/377026). In einer Synopse ist die inhaltliche Entwicklung des Gesetzes nachvollziehbar (http://www.rainer-gerling.de/PDF/Synopse_IT-Sicherheitsgesetz_2015_final.pdf).

2. EU-Datenschutzgrundverordnung

Wer sich für die Änderungen der EU-Datenschutzgrundverordnung interessiert, kann dies nun auch in Gestalt einer hierfür angebotenen App tun (https://secure.edps.europa.eu/EDPSWEB/edps/lang/de/Consultation/Reform_package).

B. Urteile und Beschlüsse von Gerichten

1. Patient hat Anspruch gegen Krankenhaus auf Nennung von Mitpatienten

Der Patient eines Krankenhauses hat gegen das in behandelnde Krankenhaus einen Anspruch auf Herausgabe der Adresse eines Mitpatienten. Dies ist notwendig um einen eventuellen Schadensersatzanspruch geltend machen zu können, so der BGH mit Urteil vom 09.07.2015 (Az.: III ZR 329/14).

2. Außerordentliche Kündigung bei Nutzung dienstlicher Ressourcen zur Herstellung privater Raubkopien

Das Bundesarbeitsgericht hat mit Urteil vom 16. Juli 2015 (Az.: 2 AZR 85/15) festgestellt, dass ein Grund zur fristlosen Kündigung eines Arbeitsverhältnisses darin liegen kann, dass ein Arbeitnehmer privat beschaffte Bild- oder Tonträger während der Arbeitszeit unter Verwendung seines dienstlichen Computers unbefugt und zum eigenen oder kollegialen Gebrauch auf dienstliche „DVD-“ bzw. „CD-Rohlinge“ kopiert. Ein möglicher strafbewehrter Verstoß gegen das Urheberrechtsgesetz bleibt dabei unberührt. liegt.

3. Außerordentliche Kündigung bei Nutzung dienstlicher Ressourcen zur Herstellung privater Raubkopien

Die Nutzung dienstlicher Ressourcen zur Herstellung privater Raubkopien sind ein Grund für eine außerordentliche Kündigung, so das BAG in seinem Urteil vom 6. Juli 2015 (Az.: 2 AZR 85/15).

4. Jameda.de muss auch schlechte Ärzte-Bewertung löschen

Das Ärzte-Bewertungsportal Jameda.de ist nicht verpflichtet ab Kenntnis unwahrer Tatsachenbehauptungen dieselben zu löschen, sondern auch in den Fällen, in den für die getroffene Bewertung des Arztes keinerlei tatsächliche Anknüpfungspunkte bestehen. So das OLG München im Beschluss vom 17.10.2014 (Az.: 18 W 1993/14)

5. Webseiten-Betreiber muss veraltete Informationen aktualisieren

Das OLG Hamburg hat mit Urteil vom 07.07.2015 (Az.: 7 U 29/12) deutlich gemacht, dass ein Webseiten-Betreiber veraltete Informationen bzw. ältere Nachrichten in einem Online-Archiv so modifizieren muss, dass sie von Suchmaschinen nur noch begrenzt auffindbar sind. Vor dem Hintergrund eines bestehenden Lösungsanspruchs einer Person gegen Google findet die Suchmaschine die indizierten Inhalte sonst immer wieder.

6. Gläubiger aus dem ärztlichen Bereich dürfen Inkassofirma einschalten

Das LG Berlin hat mit Urteil vom 07.04.2015 (Az.: 57 S 107/14) die Rechtmäßigkeit der Beauftragung eines Inkassoinstituts durch ein medizinisch-diagnostischen Großlabor bejaht. Das Vorliegen von Patientendaten zwingt nicht zur ausschließen Einschaltung eines Rechtsanwalts.

7. Arztbewertung im Internet

Ein Host-Provider muss die Richtigkeit von Äußerungen prüfen, wenn diese als unrichtig reklamiert werden, so das LG Frankfurt/M. mit Urteil vom 05.03.2015 (Az.: 2-03 O 188/14).

8. Sichere Lagerung von Personal- und Patientenakten

Das VG Göttingen hat mit Beschluss vom 08.05.2015 (Az.: 1 B 127/15) darauf hingewiesen, dass auch ein insolventes Krankenhaus die Verpflichtung hat, Personal- und Patientendaten – unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen – sicher in verschlossenen und nur für zuverlässige Personen zugänglichen Räumen zu verwahren.

9. Online-Text-Klau ist teuer

Das AG Hamburg hat in einem Urteil vom 06.08.2015 (Az.: 4 C 15/15) die Anwendbarkeit der Tarife des Deutschen Journalisten Verbandes zur Ermittlung des Schadensersatzes widerrechtlich genutzter und urheberrechtlich geschützter Texte ausgeurteilt.

C. Sonstiges

1. OH IuK - Nutzung am Arbeitsplatz

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz (LfDI Rheinland-Pfalz) hat im Mai eine Orientierungshilfe zur datenschutzgerechten Ausgestaltung und Kontrolle der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnik des Unternehmens durch Beschäftigte zu betrieblichen und zu privaten Zwecken (https://www.datenschutz.rlp.de/downloads/oh/oh_iuk_arbeitsplatz.pdf) veröffentlicht.

2. Fünfstelliges Bußgeld bei fehlerhaftem Vertrag zur Auftragsdatenverarbeitung

Das Bayerische Landesamt für Datenschutzaufsicht hat in einem Fall eines unzureichenden Vertrages zur Auftragsdatenverarbeitung ein fünfstelliges Bußgeld ausgesprochen (https://www.lida.bayern.de/lida/datenschutzaufsicht/lida_daten/150820%20-%20PM%20Bu%C3%9Fgeld%20Auftragsdatenverarbeitung.pdf).

3. Werbung

Die bayrische Aufsichtsbehörde hat eine Handreichung „Datenverwendung für persönliche Werbung“ veröffentlicht. Aufgrund der aufgelisteten Vorgaben sollten die hausinternen Abläufe daraufhin überprüft werden, ob Patienten- bzw. Klientenkontaktaufnahmen regelkonform sind (https://www.lida.bayern.de/lida/datenschutzaufsicht/lida_daten/BayLDA_Info_Datenverwendung_Werbung.pdf).

4. Lobbyplag Ranking

Auf der Seite <http://lobbyplag.eu/governments> findet sich eine Übersicht über antreibende und bremsende Kräfte der geplanten EU-Datenschutz-Grundverordnung.

5. Leitfaden zur Email-Verschlüsselung

Der Bundesverband IT-Sicherheit e. v. hat eine umfangreiche Informationsbroschüre zur Email-Verschlüsselung zusammen gestellt, die sich sowohl an IT-Experten als auch einschlägig IT-Interessierte richtet (<https://www.teletrust.de/publikationen/broschueren/e-mail-verschlusselung/>).

6. Frühe Hilfen

Das Nationale Zentrum Frühe Hilfen hat seinen Leitfaden „Datenschutz bei Frühen Hilfen“ überarbeitet und aktualisiert (http://www.fruehehilfen.de/no_cache/serviceangebote-des-nzfh/materialien/publikationen/einzelansicht-publikationen/titel/datenschutz-bei-fruehen-hilfen/).

7. Mindestanforderungen Datenschutzbeauftragter

Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Andrea Vosshoff, hat die Mindestanforderungen an einen Datenschutzbeauftragten beschrieben (http://www.bfdi.bund.de/SharedDocs/Publikationen/Entschliessungssammlung/DuesseldorferKreis/24112010-MindestanforderungenAnFachkunde.pdf;jsessionid=72A9F1377D747CF464534EC38B47C4F9.1_cid344?__blob=publicationFile&v=1).

8. Neuausrichtung der Pflegedokumentation

Auf Initiative des Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung wurde ein neues Strukturmodell zur Entbürokratisierung der Pflege für ambulante und stationäre Langzeitpflege vorgestellt (https://www.ein-step.de/fileadmin/content/documents/Anforderungsprofil_Abbildung_Strukturmodell_in_Dokumentationssystemen_V1.0_2015-08-25.pdf).

9. Big Data – Geschäftsmodelle

Die BITKOM e. V. hat eine Studie zu Geschäftsmodellen im Zusammenhang mit Big Data veröffentlicht (https://www.bitkom.org/Publikationen/2015/Leitfaden/Big_Data_und_Geschaeftsmodell_Innovationen/Big_Data_und_Geschaeftsmodell_Innovationen_Leitfaden.pdf).

10. Datenschutz-Studie Konzerninterner Datenaustausch

Hier (<https://www.gdd.de/downloads/aktuelles/studien/datenschutz-studie-konzerninterner-datenaustausch>) findet sich die Studie zum konzerninternen Datenaustausch.